

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 1.00 Mark

monatlich Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt



und Land

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kempstraße 29/31

Formelnummer Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schwanau-Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 11 Millimeter hoch oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amthlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 110.

Herford, Dienstag, den 11. Mai 1920

38. Jahrgang

Sicherheitsmaßnahmen für Rheinland-Westfalen.

Regierungskommissare anstelle der Militärbehörden

Berlin, 10. Mai. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster vom 6. Mai. Darin werden die bisherigen Verordnungen, mit Ausnahme derjenigen über die Waffensablieferung, außer Kraft gesetzt und neue Vorschriften an ihre Stelle gesetzt werden. Die vom Reichsminister des Innern zu ernennenden Regierungskommissare werden ermächtigt, Anordnungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erlassen. Wer diesen Verordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder Haft oder mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 M bestraft. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung werden vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die Regierungskommissare können zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Unterstützung der polizeilichen Organe militärische Hilfe heranziehen. Die Regelung der Befehlsgewalt innerhalb der Reichswehr wird dadurch nicht berührt. Durch Verordnung des Reichsministers des Innern können in den gefährdeten Bezirken außerordentliche Kriegsgesetze gebildet werden. Die zurzeit in Tätigkeit befindlichen Kriegsgerichte bleiben bis auf weiteres bestehen.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von eingeweihter Seite erfährt, wird wahrscheinlich der Oberst Kruenert zum Reichskommissar für die öffentliche Ordnung ernannt werden. Wenn die neue Reichsministerialpolizei geschaffen wird, wird das Reichskommissariat in ihr aufgehen.

Ueber die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet fließt nunmehr nach Informationen der halbamtlichen „R. A. N.“ fest, daß in einigen Orten des Industriebezirks, vor allem in Remscheid, die Zustände immer noch unruhig sind. Besonders in dieser Stadt halten sich noch Reste der roten Armee auf und versuchen, Gewaltakte gegen die rechtmäßigen Ortsbehörden zu unternehmen. In gegen die rechtmäßigen Ortsbehörden zu unternehmen. In gegen die rechtmäßigen Ortsbehörden zu unternehmen. In gegen die rechtmäßigen Ortsbehörden zu unternehmen.

Der polnische Generalstreik.

Wien, 10. Mai. Der zur Durchführung politischer Forderungen von den Polen angeführte Grubenarbeiterstreik hat lediglich im Bezirk Plesch und Rybnitz die beabsichtigte Wirkung eines Generalstreiks gehabt; es ist jedoch auch hier über Tage mehr als ein Drittel der Belegschaft eingefahren. Im Zentralrevier arbeitet über die Hälfte der Belegschaften, in dem ausschlaggebenden Hindenburg Revier in der Königin Luise-Grube, der größten Oberflächengruben, bis auf 100 Mann vollständig. Auf den Gräfen Ballenreuthen Gruben wird ebenfalls gearbeitet, auf den Gruben in Rorschewitz, Mithraschütz und Wiskup von der knappen Hälfte bis zu einem Viertel der Belegschaft. Die konsolidierten Kleinrevier Kohlengruben sind in vollem Betrieb. Im Deutscher und Rattow Revier ist ungefähr die Hälfte der Belegschaft ausständig. Ein Teil der Arbeiter pflegt in Oberschlesien an den Montagen ohnehin nicht anzufahren. Für die Mittagsmahlzeit waren schon weit stärkere Anfahrtsziffern zu verzeichnen.

Die Polen erklärten, ihre Forderungen der interalliierten Kommission Oppeln unterbreiten zu wollen. Die deutschen und polnischen Arbeiter erschienen vollständig zur Arbeit. Bis jetzt ist die Ruhe nirgends gestört.

Die Entente gegen den Polenstreik.

Brüssel, 10. Mai. Der Leiter der alliierten Kommission hat dem Polenführer Korfanty gegenüber sich gegen den Streik, den die Polen für heute verkündet haben, erklärt und betont, daß die Entente den festen Willen hat, die Arbeitswilligen in Oberschlesien zu schützen.

Polnischer Bluff.

Warschau, 10. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Temps“ telegraphiert, daß die Nachrichten von der Einnahme Riens durch die Polen der Grundlage entbehren. Die polnisch-ukrainische Offensive schreite in befriedigender Weise nach dem Feldzugsplan des Marschalls Piłsudski fort. Der zu Beginn sehr rasche Vormarsch der Infanterie habe wegen der Organisation der rückwärtigen Verbindungen verlangsamt werden müssen. Die polnische Kavallerie liege 12 Kilometer von Riens. Die 12. und 14. russische Armee seien völlig desorganisiert.

Seltingen, 10. Mai. Das russische Telegraphen-Bureau in Moskau teilt mit, daß in Transdistanien eine neue bolschewistische Armee unter Führung der Generale Semenov und Wolschelski in der Bildung begriffen sei. Sie bestünde hauptsächlich aus Bauern und Kosaken aus dem Wolga- und Uralgebiet und umfassen 30.000 Mann. Die Armeeleitung habe eine eigene Zivilregierung eingesetzt, deren Chef das ehemalige Dumasmitglied Kaschkin sei.

Das Neueste vom Tage.

Wie die Abendblätter in Berlin aus Flensburg melden, ist das Duppelndenkmal von den Dänen mit Steinwürfen bombardiert worden. Die Figur des alten Wrangel und vier andere Figuren wurden beschädigt.

Die deutsche Reichsregierung hatte der dänischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, einen Gegenseitigkeitsvertrag über den Schutz der Minderheiten in Schleswig abzuschließen. Dieser deutsche Vorschlag ist von der dänischen Regierung scharf abgelehnt worden.

Als Termin für die Frankfurter Herbstmesse 1920 wurden die Tage vom 3. bis 9. Oktober festgelegt.

Der Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen hat die Nachricht erhalten, daß die Abstimmungen im Osten am 12. Juli stattfinden sollen. Im Ruhrgebiet sind großartige Organisationen tätig, um die Heimkehrförderung der Abstimmungsberechtigten durchzuführen. Es kommen aus dem Ruhrgebiet etwa hunderttausend Wähler in Frage.

Das im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene deutsch-französische Schiedsgericht für private Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen ist endgültig gebildet.

Havas-Reporter will von ausländischer Seite erfahren haben, es sei möglich, daß die Konferenz in Spa bis in die zweite Hälfte des Juni verschoben werde. Der amerikanische Gesandte wird der Sitzung betheiligen, ohne aber an den Erörterungen teilzunehmen. Die Konferenz wird 300-400 Personen umfassen.

Aus dem Haag wird gemeldet, daß auf Grund des Lebensmittellabormens zwischen Holland und Deutschland aus holländisch Indien 5000 Tonnen Weizen eingeführt werden. Weiter verpflichtet sich Holland, die Getreideversorgung Deutschlands zu unterstützen. Ferner werden 5400 Tonnen Mais eingeführt. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, die Geringe der holländischen Gewässer abzunehmen.

Der niederländische Konsul in Archangelsk wurde von Bolschewisten verhaftet.

In der fährnischen Front sind durch Vermittlung Englands Friedensverhandlungen eingeleitet.

Etwas 100 bewaffnete Sinnfeiner griffen die Polizeistation Cloyne an. Die Befragung von 6 Polizeibeamten mußte sich nach heftigem Kampfe ergeben. Ein Polizist wurde lebensgefährlich verletzt. Die Angreifer steckten das Gebäude in Brand. Dabei wurden 3 Nachbarhäuser mit eingeschleift.

Wie der „Matin“ mitteilt, ist vorgestern Ministerpräsident Millerand von der englischen Regierung eingeladen worden, nach England zu kommen, um das Programm für die Konferenz von Spa festzusetzen. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet gestern vormittag, es bestünde die ausgesprochene Tendenz in London, die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand zu verhindern.

Eine Neutermeldung aus M. Paso besagt, General Murgina, Kommandant der Stadt Mexiko, habe vor der Räumung zahlreicher politische Gefangenen darunter 15 Generale, im Militärgefängnis Santiago niedermetzeln lassen.

Das „Journal“ deutet an, daß Frankreich der Festsetzung einer Gesamtsumme für die Kriegsschadigung und ihre Verteilung auf Jahresrenten zustimmen könne, wenn die Alliierten es ermächtigen würden, von Deutschland ein greifbares Pfand für die Tilgung zu fordern.

Zwischen Frankreich, Japan, Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist ein Abkommen über die Gründung eines Bankkonsortiums zur Kreditgewährung an China abgeschlossen worden. Das Konsortium hat sich endgültig gebildet.

In Paris fanden Sonntag 21 Versammlungen statt, die sich mit der Frage der Fortsetzung des Generalstreiks befaßten. Am Montag sollte die Entscheidung fallen.

Die türkische nationalistische Armee ist bis zu den Dardanellen vorgeedrungen. In Sizilien werden die Franzosen weiterhin von Kemal Pascha bedrängt.

Auf den Minister für religiöse Einrichtungen in Kairo wurde vorgestern eine Bombe geworfen. Der Minister blieb unverletzt. Drei Studenten, die verwundet wurden, sind verhaftet worden.

Nitti über Spa.

Mailand, 10. Mai. Bei der Besprechung der Interpellation über die auswärtige Politik sagte Ministerpräsident Nitti in der Kammer über die Konferenz in Spa, der Konferenz komme große politische Bedeutung bei. Die Alliierten würden jetzt zu prüfen haben, welche von den von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrecht erhalten werden können. Bezüglich der Wiedergutmachung werde man Deutschland Gelegenheit geben, eine Kasse zu nennen, die seitens der Alliierten unparteiisch geprüft würde. Der deutschen Verlangen auf Ueberlassung von Geschühen und Flugzeugen würden die Alliierten aber nicht entsprechen können, dagegen würden alle deutschen Wünsche zur Hebung der Produktion wohlwollend berücksichtigt werden, denn man habe ein Interesse daran, daß Deutschland sich wirtschaftlich erhole.

Mailand, 9. Mai. In der gestrigen Kammerdebatte verteidigte sich Nitti gegen den Vorwurf, in San Remo dem englischen Ministerpräsidenten blindlings gefolgt zu sein. Er wies darauf hin, daß Italien wie ganz Europa Interesse an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands habe, damit es seine Verpflichtungen erfüllen könne.

Der Bankbeamtenstreik.

Düsseldorf, 10. Mai. In der gestrigen Versammlung der streikenden Bankbeamten wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Streikenden im rheinisch-westfälischen Bezirk nunmehr auf 30.000 angewachsen sei. Es wurde gefordert, den Streik auch auf die Reichsbank und die Privatbanken auszudehnen. Ueber die Verhandlungen in Köln wurde noch mitgeteilt, daß der Zwangsschlichtungsausschuss, den der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums angelündigt habe, für sämtliche bestrittenen Plätze im rheinisch-westfälischen Bezirk Schiedssprüche fällen werde. Die ablehnende Haltung der Bankleitungen habe den Vertreter der Regierung veranlaßt, zu erklären, er werde beantragen, daß die Banken zu diesen Schlichtungsausschüssen Vertreter nicht ernennen dürfen.

Düsseldorf, 10. Mai. Die hiesigen Großbanken haben an ihre streikenden Bankangestellten die Aufforderung gerichtet, die Arbeit am Dienstag, den 11. Mai wieder aufzunehmen. Diejenigen Angestellten, die an diesem Tage die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sind mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten, ebenso diejenigen, die sich im Verlaufe des Streiks strafbare Handlungen zuschulden kommen lassen haben.

Düsseldorf, 10. Mai. Die Badergehilfen und Brotkutscher sind heute in den Streik getreten, nachdem die Verhandlungen mit dem Brotfabrikantenverband ergebnislos verlaufen sind. Laut einem Tarifvertrag, der erst vom 1. Mai ab gültig ist, erhielten die Badergehilfen 260 M wöchentlich. Hiermit nicht zufrieden, forderten sie bei der Lohnauszahlung am vergangenen Montag 325 M, was abgelehnt wurde.

Breslau, 10. Mai. Gegen die Behauptung der Breslauer Bankleitungen, daß die Bankangestellten in einer lange vorbereiteten Aktion um die Erweiterung des Betriebsratsgesetzes kämpften, wollen sich die Bankangestellten in einer Erklärung äußern und folgende Forderungen aufstellen: 1. Mitwirkung des Angestelltenrats bei der Gehaltsklasseneinteilung, 2. Mitteilung von einer beabsichtigten Kündigung an den Angestelltenrat und 3. bei Streitigkeiten, die über die Kompetenz einer Schlichtung hinausgehen, Ueberweisung an die Zentrale. Einwaige Härten und Ausschreitungen werden verurteilt. Es wird darauf hingewiesen, daß in Oberschlesien deutsche Kunden an polnische Banken verwiesen werden, weil die Arbeitgeber die Angestelltenansprüche nicht erfüllen.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Mai. Der Antritt der Trierer Bevölkerung führte, wie den P. A. N. geschrieben wird, zu einer entschiedenen Protestaktion in der Trierer Stadtverordnetenversammlung. Die französische Besatzungsbehörde hat auf diese Kundgebung in eigenartiger Weise geantwortet, indem sie den Kommerzienrat Rautenstrauch, den Redner der demokratischen Fraktion, für seine Rede mit 3000 M Geldstrafe und 2 Wochen Gefängnis bestraft. Der Redner hatte nämlich u. a. auf den Uebergriff des Militärs hingewiesen, das die Witwe des Landrates Frings mit ihren kranken Familienangehörigen zweimal aus ihrem eigenen Hause herausgeworfen hatte, um französische Offiziere dort einzuarquieren. Rautenstrauch befindet sich seit einigen Tagen im Gefängnis.

Ueber die Verhandlungen der Postfaktorenkonferenz wegen der Festsetzung der deutsch-dänischen Grenze teilt der „Temps“ mit, daß die Vertreter Englands in der Abstimmungskommission der 2. Zone sich für die Zuweisung der 2. Zone an Deutschland erklärten, während die Vertreter Frankreichs und Norwegens dem Vorschlag machten, diese Zone einer internationalen Vermittlung zu unterstellen unter Aufsicht des Völkerbundes.

In Beamtenkreisen verlautet, daß die preussische Regierung nach Verabschiedung der neuen Gehaltsreform alle Beamten über 60 Jahre zwangsweise in den Ruhestand versetzen will, um die zahlreichen Beamten aus den abgetretenen Gebieten unterzubringen.

Sowohl in Schleswig wie in Oberschlesien herrschen Unstimmigkeiten in den interalliierten Abstimmungskommissionen.

